



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/111

12. September 1948

Sonderausgabe zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Internationale Kundgebung in Zeichen Berlins

sp. Düsseldorf, 12.9.48

Keine Veranstaltung ohne internationale Kundgebung - diese seit der Wiederaufnahme der deutschen SPD in die sozialistische Internationale bereits Tradition gewordene Bekundung der Verbundenheit über die Grenzen hinweg, war auch für Düsseldorf der gelungene Auftakt zum Parteitag. Da war für 80 bis 100 000 Menschen von Rhein und Ruhr, die mit ihren Fahnen und Wimpeln, häufig noch an improvisierten Pannestangen, ein großartiges Erlebnis, alte und junge Vorkämpfer des Sozialismus aus dem In- und Auslande zu sehen und zu hören. Auf der Tribüne, wo die Fahnen und Gäste sich konzentrierten, gab es vor der Eröffnung der Kundgebung Wiedersehens-Szenen, die an die vorhitlerische Epoche der Sozialdemokratie erinnerten. Otto Braun, Karl Severing, Rudolf Wissel waren umringt von Männern, die im Kampf für Sozialismus und Demokratie im Vordergrund stehen.

Wie zwangsläufig entglitt die Kundgebung den Händen der Veranstalter. Redner und Zuhörer wurden überrannt von den Tagesereignissen und die internationale Kundgebung mündete in einer machtvollen Dokumentation für Berlin. Das klang auf, als Ernst Gnos im Namen von Düsseldorf die Gäste begrüßte und von Rhein an die Spree rief: "Wir vergessen Euch nicht, wir stehen an Eurer Seite". Das wurde zum fanatischen Bekenntnis der 100 000, als Franz Neumann seine wuchtige Gestalt vor das Mikrofon schob und schilderte, was sich zwei Tage vorher in Berlin ereignet hatte. "Wir Berliner sind bessere Demokraten als die, die uns zur Demokratie erziehen wollen" Und als er über Berlin hinweg den Menschen in der Ostzone zurief: "Merkt Euch eure Peiniger, wir kommen wieder".

Das Motto Berlin flocht sich dann durch alle Kundgebungen der internationalen Gäste, je nach Herkunft und Temperament gedämpft, sachlich oder leidenschaftlich, aber keiner der Redner konnte

in Düsseldorf an den harten Tatsachen vorbeigehen, die von Berlin ausgehend die Welt bewegen. Was Julius Deutsch mit den Worten sagte: "Wir hoffen, daß in Berlin die Demokratie siegen und zum wahren Zeichen eines erfolgreichen Kampfes wird", das bekannte mit dem Temperament des Südländers der Italiener Paolo Treves mit dem Satz "... daß die Berliner auch für uns kämpfen, weil Friede und Freiheit nirgends sicher, wenn sie in einem Lande gefährdet sind". Kühler, abgewogener, gab der Engländer Watson sein Bekenntnis zu Demokratie und Sozialismus ab: "Auch wenn der Erfolg im Augenblick nicht sichtbar ist, er wird nicht ausbleiben". Sachlich, aber mit verhaltener Herzenswärme sagte Frau Nina Andersen, Dänemark: "Wir müssen unsere Hände über die Grenzen strecken, wir müssen eine Kette von sozialistischen Männern und Frauen bilden, die so stark ist, daß es uns möglich ist, unsere Idee durchzuführen".

Aus der Schau des beobachtenden Nachbarn sprach der Schweizer Paul Meyerhans, der den Demokraten der Welt vorhielt, daß man einen Patienten nicht heilen könne, wenn man ihm von Zeit zu Zeit die Kehle zudrücke, während die Welt die demokratischen Kräfte Deutschlands brauche. Er wurde vom temperamentvollsten und leidenschaftlichsten Sprecher der Kundgebung abgelöst, von Kurt Vorrink, Amsterdam. Dieser erinnerte an die vielen Beziehungen, die ihn mit Deutschland verbinden, einmal als Sozialist mit den Sozialisten und schließlich als Insasse eines Konzentrationslagers. Aus seinen Erfahrungen heraus beschwor er die Deutschen, das schrecklichste Wort der deutschen Sprache auszumerzen, das Wort nämlich, "Befehl ist Befehl". Und, wieder auf seine Erfahrungen gestützt, "Wir dürfen nicht vergessen, daß hinter dem Eisernen Vorhang Tausende von Genossen verschleppt werden, daß wieder die Galgen stehen, auf denen die Freiheit gehängt wird".

Den Kreis der Redner und der Gedanken schloß Salomon Grumbach, Paris, dem man die Hast der Reise von Rom über Mailand und die französische Besatzungszone fast körperlich noch anmerkte, und der von der schließlichen Verbundenheit Deutschlands und Frankreichs über alle Besatzungsgrenzen hinweg sprach. In Erich Ollenhauers Schlußwort klang dann das Motiv von Rhein und Ruhr auf, die von der Besatzungsmacht verhinderte Sozialisierung des Bergbaus, die auf der Tagesordnung bleiben werde, nicht weil sie eine sozialdemokratische Forderung sei, sondern weil sie eine nationale Notwendigkeit zur Herstellung einer sozialen Gerechtigkeit und zur Verhütung weiterer aus diesem Industriebecken genährter Kriege sei.

Redaktionelle Vorbemerkung: Wir geben einige Kernsätze aus dem großen Referat Dr. Kurt Schumachers, das heute als Umdruck in seinem vollen Wortlaut unseren Beziehern zugeht. Wir wollen mit diesen Kernsätzen unseren Abonnenten die schnelle Auswertung erleichtern und ihnen Material zur Ergänzung des Agentur-Auszugs an die Hand geben.

Der Auftrag der Sozialdemokratie

Dr. Kurt Schumachers Wiederauftreten als politische Persönlichkeit, noch nicht als sichtbare Person, durch die Verlesung seines großen Referats auf dem Düsseldorf Parteitag ist für die SPD, aber auch für die gesamte deutsche Öffentlichkeit unbestritten eine Tatsache von großem Gewicht. Unter Vorzicht auf eine geschlossene Inhaltsangabe ziehen wir es angesichts der Formulierungskunst Schumachers vor, einige der wichtigsten Kernsätze aus seinen Ausführungen wiederzugeben.

Eignung für politische Pädagogik. "Der neue Start der Demokratie in Deutschland ist deshalb so schwer, weil ihm noch mehr Kräfte feindlich gegenüberstehen als der Weimarer Demokratie". - "Soviel die Deutschen als Volk von anderen Völkern mit einer demokratischen Geschichte in Gesinnung und Methodik der Politik zu lernen haben, so ist ein großer Teil dessen, was als 'Reeducation' auf deutschem Boden verzapft worden ist, unentschuldigster Unsinn. Die Eignung für politische Pädagogik hängt nicht notwendigerweise mit dem Tragen einer Uniform zusammen".

Lehren von draußen. "In Anbetracht der Hilfsbedürftigkeit unzähliger Menschen in Deutschland wird die Sozialpolitik eine gewichtige Rolle spielen. Sie läßt sich aber nur durchführen, wenn die Demokratie es ihren Feinden unmöglich macht, ihre Gelder in politische Macht zu verwandeln. Die Sozialisierung ist keine doktrinaire Zauber-Formel, aber die Entmachtung der Großindustrie ist die Voraussetzung für die Krisenfestigkeit der Demokratie in Deutschland". - "Die Sozialisierung der Ruhr ist solange ein deutsches Problem, als die Träger der großindustriellen Kräfte in Westeuropa nicht ihrerseits unter denselben Voraussetzungen ihre Produktionsmittel in einer noch zu schaffenden, internationalen, sozialisierten Institution einbringen". - "Man kann die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung und den großen Anteil der Deutschen an ihr mit keiner Art von Propaganda aus der Welt schaffen. Es wäre ein entscheidender Fehler, in Westdeutschland das ausländische Kapital in eine ähnlich beherrschende Position zu bringen wie den Staatskapitalismus in Sowjetrußland". - "Das Schicksal der Demokratie in Mittel- und Westeuropa ist von ihrem sozialen Gehalt abhängig".

Parteien. "Man hat viel darüber diskutiert, ob die Parteien in Deutschland zu früh zugelassen worden seien. Die offizielle Nichtzulassung hätte aber die Eroberung weiter Teile der Bevölkerung Westdeutschlands durch den Kommunismus erleichtert".

"Das Experiment des christlichen Ständestaates und jeder Versuch, andere Willensgemeinschaften als die Parteien zu Trägern der Politik zu machen, hat in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern den Prozeß der Fasisierung gefördert. Es gibt überhaupt kein Land, das eine Demokratie ohne demokratisches Parteilieben zu bewahren verstanden hat".

Jugend. "Allmählich stellt sich heraus, daß das Gerede vom Zynismus der jungen Menschen mindestens stark übertrieben ist und die viel verschrieene Parteimüdigkeit der Jugend spürt die Sozialdemokratie relativ wenig. Die Sorgen um den Aufbau einer Existenz nehmen die Jugend stark gefangen, aber das ist eine Stelle, an der die Politik bereits einsetzt. Die sentimentale Heuchelei, mit der man der Jugend den Willen zu dem absprechen will, was in der Politik erlernbar ist, ist ein sehr übles Stück alter Routiniers und verantwortungsloser Schwätzer".

Zusammenarbeit. "Die Parteien, die in der Verteidigung des Eigentums ihre vorrangigste Aufgabe sehen, auch wenn sie im Gegensatz dazu sehr viel mit Gemeinschaftsformeln arbeiten, haben die Mehrheit und nutzen sie aus. Die Rücksichtslosigkeit dieses Klassenkampfes von oben ist so groß, daß im letzten Jahr in keiner wichtigen Frage die Verständigung möglich gewesen wäre ohne die Interessen der arbeitenden Massen aufzugeben und den Kampf um den Sozialismus als eine Gegenwartsaufgabe zu verleugnen". - "Noch immer sucht die Sozialdemokratie nach bündnisfähigen Parteien. Es ist fraglich, ob sie vorhanden sein werden, solange der ökonomische und soziale Kern der Fragen nicht durch Neugestaltung des deutschen Parteiwesens der Lösung näher geführt werden kann. Die spezielle Art des Begriffs der persönlichen Freiheit, mit der die CDU arbeitet, existiert nicht und ist eine wenig zeitgemäße Lehre von dem isolierten und atomisierten Individuum." - "Der Exzess des Individualismus ist das Gegenteil von Freiheit". - "Die Sozialdemokratie weiß, daß regieren und opponieren fast gleich wichtige Faktoren sind. Sie ist unter ganz gewissen Voraussetzungen zur intensivsten Mitarbeit bereit. Sie ist aber nicht bereit, die Interessen der Besitzenden den Interessen der arbeitenden Massen und der Hilfsbedürftigsten vorzuziehen".

Marxismus. "Der Marxismus wird oft als ein verruchter Materialismus geschildert, ohne daß man sich die Mühe macht, ihn zu begreifen. Das Gros der Gegner des Marxismus ist unvergleichlich materialistischer als die Marxisten". - "Der Kampf um die Demokratie und den Sozialismus verlangt von seinen Streitern kein Bekenntnis zum Marxismus, aber heute noch liefert das Arsenal eines die neuen Tatsachen neu analysierenden Marxismus unverzichtbare Waffen". - "Die proletarische Terminologie in der Agitation hilft nicht darüber hinweg, daß im Osten ein extremer Obrigkeitsstaat übrig ist, der auf der Grundlage der Unfreiheit, der Ungleichheit und der Unbrüderlichkeit errichtet ist. Demokratie aber ist in jedem Fall die tatsächliche Selbstverantwortung, selbstführung und Selbstverwaltung des Volkes".

Bezugschein Geld. "Die Demontage ist die direkte Verleugnung des Marshallplanes". - "Deutschland als Ganzes gesehen hat unendlich viel mehr Reparationen geleistet als irgend eine fremde Aufstellung zuzugeben bereit ist." - "Eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Kräfteausgleichs und der dauerhaften Erholung ist die Vereinheitlichung Europas zu einem großen, inneren Markt". - "Man kann keine erfolgreiche und sozial ausgleichende Wirtschaftspolitik machen, wenn man unter den heutigen Voraussetzungen das Geld als den einzig gültigen Bezugschein auf die Ware hinstellt. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht, alle ihre Kräfte auf diesen Punkt zu konzentrieren. Auch die Gewerkschaften kommen jetzt in eine entsprechende Periode. Die Wirtschaftspolitik der großen und reichen Länder geht überall darauf hin, die Kontrolle der Preise zu erhalten oder wieder einzuführen. Nur in dem ärmsten Land, das auf Hilfe von allen Seiten angewiesen ist, lebt man im Wahn, daß die freie Wirtschaft auch eine Senkung der Preise mit sich bringen wird".

"Freiheit" in West und Ost. "Die effektive Freiheit ist in Westdeutschland neben der wichtigen Freiheit der politischen Willensbildung und der Kritik hauptsächlich die Freiheit, zu verdienen und Profit zu machen, in Ostdeutschland aber die Freiheit, unbeschränkt Reparationen aus der laufenden Produktion an die Sowjets zu liefern". - "Die Atmosphäre der Bevormundungen, Demontagen, Reparationen und Grenzberichtigungen gerade im Zeitpunkt der Gefährdung der nationalen Einheit ist gefährlich. Aber schließlich ist auch für die Einsichtvollsten und Hilfsbereitesten unter den Siegermächten die deutsche Frage eine Angelegenheit, deren Regelung nicht den Deutschenzuliebe vorgenommen wird. Es handelt sich um ein Stück Machtverteilung der Okkupationsmächte, was sich auf deutschem Boden abspielt, aber nicht um eine Neuschaffung Deutschlands um der Deutschen willen".

Deutsche Republik. "Die Sozialdemokratie will einmal die deutsche Republik, die in gleicher Weise aus dem politischen Willen des deutschen Volkes wie aus der Schaffung eines erträglichen Verhältnisses der Sieger untereinander entsteht". - "Der wichtigste Teil des organisatorischen Aufbaus wird nicht in Bonn geschaffen, sondern ist das Besatzungsstatut, das den gemeinsamen Rechtsboden für die Okkupationsmächte wie für das deutsche Volk abgibt. Darum hätte eigentlich das Besatzungsstatut vor der von Deutschen erarbeiteten Satzung, mag man sie Grundgesetz nennen oder nicht, entstehen müssen. In Bonn werden wir Sozialdemokraten nicht den Ehrgeiz haben, die großen geschichtlichen Vorbilder der demokratischen Verfassungen mit Worten und Bezeichnungen zu übertreffen. Hier soll ein den Realitäten entsprechende Provisorium entstehen".

Berlin. "Wenn man Berlin mit manch anderem Land außerhalb Deutschlands vergleicht, dann weiß man, daß die deutschen Abwehrkräfte gegen den Totalitarismus sich vor irgend welchen Vergleichen nicht zu scheuen brauchen. Die ganze Entwicklung der letzten 40 Monate aber soll

der Welt mehr Gefühl für eine gerechte Beurteilung der Deutschen in ihrem Kampf gegen den Nazismus gegeben haben. Man hat jahrelang in Deutschland auch die stärksten physischen Auseinandersetzungen nicht gescheut, bis die Gesetzmäßigkeit der "Entlasteten" der Demokratie moralisch das Rückgrat brach. Die Verlustlisten der Ostzonen und Berlins sind neue Bekundungen des niemals erstorbenen Abwehrwillens gegen die Diktatur".

Die große Eröffnungs-Sitzung

Grüße an Dr. Kurt Schumacher - Bekenntnis zu Berlin

sp. Düsseldorf, 12.9.48

Paul Loebe - Berlin, als einstimmig gewählter Vorsitzender des Parteitags, assistiert von Ernst Gasse, Düsseldorf - das kennzeichnet den Geist, unter dem sich die große Tagung der SPD in Düsseldorf am Sonntag vormittag im festlich geschmückten Rundsaal des Planetariums konstituierte. Die feierlichen Klänge der Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 und des Schlusschors aus der 9. Sinfonie von Beethoven, vorgetragen vom Städtischen Orchester Düsseldorf unter Mitwirkung des Volkchors "Freiheit", leiteten den Parteitag ein.

Erich Ollenhauer, der 2. Vorsitzende, gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über die Probleme Deutschlands. Nach der Begrüßung der Ehrengäste, unter ihnen Vertreter der Militärregierung und der Ministerpräsident des Landes, Arnold, richtete Ollenhauer einen besonderen Gruß an den 1. Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, der infolge seiner Krankheit verhindert ist, an der Tagung teilzunehmen, dessen Stellung innerhalb der SPD aber, wie Ollenhauer ausdrücklich betonte, entgegen allen Gerüchten interessierter Kreise nie infrage gestanden ist. Ohne den Entscheidungen des Parteitages vorzugreifen, könne er, Ollenhauer, sagen, daß Schumacher Vorsitzender der SPD sei und bleibe. Starker Beifall sämtlicher Delegierten unterstrich Ollenhauers Mitteilung, daß Dr. Schumacher voraussichtlich zum Jahresende seine politische Tätigkeit wieder voll aufnehmen werde. Mit besonders herzlichen Worten begrüßte Ollenhauer den ehemaligen Ministerpräsidenten Otto Braun, der als Schweizer Delegierter hier weilte, ferner Professor Sollmann aus New York und Friedrich Stampfer. Mit der Begrüßung von Wenzel Jaksch und Ernst Paul, den führenden Vertretern der süddeutschen Sozialdemokratie, klang das Flüchtlingsmotiv auf. Das Los der Flüchtlinge menschlich zu gestalten, so sagte Ollenhauer, sei eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Spontan erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen, als Ollenhauer der Sozialdemokraten gedachte, die in der Ostzone unter dem Terror der Diktatur leben und gerade jetzt einer neuen Terrorwelle ausgesetzt sind. An die Berliner gewendet, sagte Ollenhauer:

"Die großen Opfer, die die Berliner und die Alliierten bisher gebracht haben, dürfen nicht umsonst gewesen sein. Unabhängigkeit und Freiheit Berlins müssen erhalten bleiben". Zu den Problemen von Rhein und Ruhr überleitend, erklärte Ollenhauer, daß die Frage einer Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Schlüsselindustrien für die deutsche Sozialdemokratie eine Frage auf Leben und Tod sei. Sie bleibe deshalb auf der Tagesordnung, bis sie endgültig in unserem Sinne gelöst sei. Schließlich wandte sich Ollenhauer der staatlichen Neuordnung in Westdeutschland zu, die, wie er sagte, nur dann erfolgreich sein könne, wenn den Deutschen mit der Schaffung eines neuen Apparates auch die Möglichkeit einer echten Selbstverwaltung und der freien Entscheidung in der Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten gewährt werde.

Paul Loebe trat sein Amt als Vorsitzender des Parteitags mit einem Gruß an Dr. Schumacher an. Er gab bekannt, daß alle Parteitage delegierten sich mit ihrem Namenszug in ein Album eintragen könnten, das dem 1. Vorsitzenden der SPD an sein Krankenbett geschickt werde. Hierauf entbot Düsseldorfs Oberbürgermeister das landesübliche Glückauf als Gruß seiner Stadt. Ministerpräsident Arnold unterstrich den auf gesamtdeutsche Aspekte zielenden Charakter dieser Tagung, die notwendig sei, bis ein geeintes Deutschland seine Mittlerrolle zwischen Ost und West aufgenommen habe. Franz Neumann-Berlin verlas hierauf ein Schreiben, das ihm Sozialdemokraten der Ostzone vor zwei Tagen in Berlin mit der Bitte übergeben hatten, es dem Parteitag nach Düsseldorf zu überbringen. Es beginnt mit den Worten: "Zone des Schweigens, den 9. September 1948". Es schildert den Terror in der Ostzone, enthält das Bekenntnis von Millionen, auszuharren in diesem Kampf, enthält aber auch die Mahnung an die demokratischen Völker der Welt, diesen Kampf stärker zu stützen als bisher und münde in dem Bekenntnis für ein einheitliches demokratisches und sozialistisches Deutschland.

Grüsse aus dem Ausland

Nach der Verlesung eines Begrüßungstelegramms von Louise Schröder, der Oberbürgermeisterin von Berlin, das abermals Ovationen für Berlin auslöste, kamen die ausländischen Delegierten zu Wort. Als erster Henry Rutz von der AFL (American Federation of Labor), der hervorhob, daß seine Organisation, obwohl nicht sozialistisch, doch die Notwendigkeit der Gemeinwirtschaft dort nicht verkenne, wo die Verhältnisse es erfordern. Die AFL verfolge aufmerksam die Entwicklung in Deutschland und habe daher auch gegen das Veto protestiert, das der amerikanische Militärgouverneur gegen das hessische Betriebsratengesetz eingelegt hatte. Mit vitalem Interesse beobachte Amerika den Selbstbehauptungskampf Berlins gegen den östlichen Faschismus, Rutz bezeichnete den Besuch Schumachers in den USA als einen Meilenstein in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Nordamerika und Deutschland.

Die Grüße ihrer Organisationen überbrachten dann Spinoy-Belgien und Nina Andersen-Dänemark, die von den Sorgen ihrer Länder erzählten. Watson-London erinnerte daran, daß in Deutschland Dinge vor sich gingen, die keiner Übersetzung in eine fremde Sprache bedürften. Mit dem Wiedereintritt der SPD in die sozialistische Internationale sei eine neue Epoche der sozialistischen Zusammenarbeit eingeleitet worden.

Mit der ihm eigenen, explosiven Rhetorik sprach dann Salomon Grumbach (Paris), auffallend klein von Figur mit stüdländisch lebhaftem Mienen- und Gestenspiel, von der Versammlung mit besonderer Spannung erwartet. Er überbrachte die Grüße der französischen Sozialisten. Den Marshallplan nannte er eine Aktion, für die man dankbar sein müsse, in der Überzeugung, daß sie Deutschland, Europa und Amerika gleichzeitig helfen werde. Wenn er, Grumbach, glauben wüßte, diese Aktion entsamme nur philanthropischen Motiven, so würde er nicht von ihrer politischen Ernsthaftigkeit überzeugt sein. Grumbach machte dann Mitteilung von einer sehr interessanten Stellungnahme des Außenministers Schumann zur Frage der deutschen Konstitution. Er habe dazu gesagt, daß Föderalismus in keiner Weise die Einheit Deutschlands ausschließe, die von der Gesamtheit des deutschen Volkes gewünscht werde. Grumbach fügte hinzu; "Und wenn ich hier Deutschland sage, so meine ich nicht West- oder Ost-, sondern ganz Deutschland? In Frankreich habe man im übrigen erkannt, daß auf dem Gebiete der Reparationen manches geschah und geschieht, was nicht mit der europäischen Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Deutschlands und Europas in Einklang zu bringen sei. Beim Demontageproblem müsse man jedoch beide Seiten der Frage sehen und zum Beispiel auch daran denken, daß 80 000 Werkzeugmaschinen in der Zeit der deutschen Besatzung nach Deutschland abtransportiert worden seien".

Von ähnlich innerer Leidenschaft wie die Worte Grumbachs waren die Ausführungen Cors Vorrinks als Vertreter der holländischen Arbeiterpartei getragen. Er gab zunächst seiner und seiner Freunde Hoffnung Ausdruck, daß Schumacher bald wieder an führender Stelle in der deutschen Sozialdemokratie werde tätig sein können. Groß sei die Bewunderung für das, was die Genossen in Berlin geleistet haben und täglich auf sich nehmen. Er habe eine tiefe Angst vor großen Worten, die häufig der Wirklichkeit widersprechen. Es sei notwendig, nicht allein die Internationale zu singen, sondern täglich sich bei der Arbeit an ihre große Idee zu halten. Die Internationale war und ist und wird der schönste und mächtigste Ausdruck dessen sein, was in unseren Herzen ruht, aber es ist sehr schwer, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Dies war jedoch nie so notwendig wie gerade jetzt.

Paolo Treves von den italienischen Saragat-Sozialisten erklärte, es gebe nur einen Sozialismus, nämlich den Sozialismus der Freiheit und der Demokratie. Kein Sozialismus könne ohne Demokratie existieren und auch ein Friede ohne Demokratie sei undenkbar. Die deutschen Sozialdemokraten seien im übrigen die ersten gewesen, die verstanden hätten,

warum vor zwei Jahren die Sozialisten um Saragat in Italien eine wahrhaft sozialistische Partei gegründet hätten.

Julius Deutsch-Osterreich, wies darauf hin, daß auch sein Land ein Lied von den Mitten eines besetzten Landes singen könne. Eine Besetzung sei in jedem Fall von Übel und stelle eine schwere Belastung dar. Am schlimmsten aber sei es, wenn es sich die Besatzungsmacht in den Kopf gesetzt habe, ein Volk erziehen zu wollen. Das Militärische habe manch Verwendbares, am wenigsten zu gebrauchen aber sei es für die Erziehung eines Volkes.

Für die schwedische Bruderpartei sprach der deutsche Sozialdemokrat Kurt Heilig aus Stockholm. Er verlas ein sehr herzlich gehaltenes Grusschreiben des 1. Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokratie, des Ministerpräsidenten Tage Erlander. Nicht mangelndes Interesse sei der Grund für das Fehlen der Schweden, sondern die Tatsache, daß das Land mitten in einem schweren Wahlkampf zur Zweiten Kammer stehe, die am 19. September gewählt wird - einem Wahlkampf, in dem jeder einzelne dringend benötigt werde.

Für die Schweiz sprach kurz der Chefredakteur des "Volksrechts" in Zürich, Dr. Meyerhans. Mit ihm war die Schweiz zum ersten Male nach dem Kriege auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie vertreten. Auch er griff den Gedanken auf, daß es keinen anderen Sozialismus als den freiheitlichen und humanitären gebe. Zweimal sei das große Wort "Sozialismus" geschändet worden. Einmal durch den Nationalsozialismus und zum zweiten Male durch den Osten. Daß die Schweiz seit 150 Jahren keinen Krieg mehr gekannt und keinen fremden Soldaten mehr auf ihrem Boden gesehen habe, das sei zweifellos zum Teil der Gunst des Schicksals zu danken. In erster Linie aber sei dies dem Verteidigungswillen eines in der demokratischen Tradition erzogenen Volkes zuzuschreiben. Er empfahl von seiner Schweizer Erfahrung, beim Aufbau der Demokratie immer von der Gemeinde her zu beginnen.

Den Schluß bildete eine kurze Ansprache von Willy Sanders-London, der im Namen der deutschen Auslands-Sozialdemokraten herzliche Grüße überbrachte. In seinen abschließenden Dankworten erinnerte Präsident Loebe daran, daß auf diesem Parteitag keine Sozialdemokraten aus den östlichen Ländern Europas mehr erscheinen könnten. Der letzte von ihnen war im vergangenen Jahr Buchinger aus Ungarn.